
Aneignung öffentlicher Räume durch Jugendliche

Konflikte und Potentiale

Christian Reutlinger

Mut zur Nicht-Planung – oder: Ist der öffentliche Raum ein planbarer Raum?

„Was sicher für alle wichtig ist oder wünschenswert ist, ist, dass im Dorf gelebt wird, dass Leute im Dorf unterwegs sind, da fühlt man sich gerade auch schon viel sicherer äh, ja, dass das Dorfleben stattfindet, das ist ein gemeinsamer Nenner, den wir sicher haben“ (Interviewausschnitt aus dem Projekt „Unordnung im öffentlichen Raum“, siehe Reutlinger und Fritsche 2011a, o.S.).

Diese Aussage machte ein Vertreter aus einer Gemeindeverwaltung im Rahmen des Forschungsprojektes „Maßnahmen im öffentlichen Raum. Eine vergleichende Analyse kommunaler Strategien im Umgang mit aktuellen Formen der Unordnung“, welches am Kompetenzzentrum Soziale Räume der FHS St.Gallen durchgeführt wurde (vgl. Fritsche und Reutlinger 2012; Reutlinger und Fritsche 2013). Die Aussage ist im Zusammenhang zu sehen mit der Frage, welche Herausforderungen es in Ostschweizer Gemeinden zum Thema „öffentlicher Raum“ gibt und mit welchen Maßnahmen Politik und Verwaltung darauf reagieren. Wie in vielen Gemeinden der Ostschweiz mehrten sich auch in den untersuchten Gemeinden die Klagen aus der Bevölkerung über Jugendliche, die sich an bestimmten öffentlichen Plätzen wie dem Bahnhof oder auf Schularealen treffen und dort am Wochenende feiern. Die Befunde der Studie verdeutlichen, dass von den untersuchten Personen gesellschaftliche Veränderungsprozesse nicht als Problem des öffentlichen Raums, sondern eher als „Generationenproblem“ betrachtet werden. So wird beispielsweise eine „Entfremdung der Generationen“ festgestellt und an der Tatsache festgemacht, dass es kaum noch Kommunikation und ungezwungene Begegnung auf den Straßen, Gassen und Plätzen gäbe. Solche Erklärungen kulminieren in Bildern eines intakten Dorfes, welches durch ein generationenübergreifendes, solidarisches und damit

„gutes“ soziales Zusammenleben geprägt ist und durch negative gesellschaftliche Entwicklungen verloren geht oder bedroht ist. Am Ende dieser Entwicklungen steht die chaotisch erscheinende Stadt, welche gleichgesetzt wird mit der Auflösung von tradierten Vereins- und Geselligkeitsformen, Anonymität und mit dem Verlust der Überschaubarkeit, Kontrolle und Planbarkeit (vgl. Reutlinger und Fritsche 2011b). Eigenschaften des öffentlichen Raums, wie beispielsweise die Möglichkeit, sich anonym bewegen zu können (vgl. Bahrdt 1961), werden mit diesen negativen Entwicklungen gleichgesetzt und deshalb in den Köpfen der untersuchten Personen gar nicht zugelassen. Fraglich ist deshalb, ob man bei den Straßen und Plätzen in kleineren und mittelgroßen Gemeinden der Ostschweiz überhaupt vom öffentlichen Raum sprechen kann.

Vertiefte Analysen im Rahmen der erwähnten Studie zeigen, dass mit verschiedensten Maßnahmen versucht wird, die dörflich-orientierte Vorstellung von Ordnung aufrechtzuerhalten. Hierzu zählen Präventionskampagnen gegen Gewalt und Littering, die Aufstockung besonderer Einheiten der Polizei mit dem Fokus auf junge Menschen (Jugendpolizei), die Anpassung von Gesetzen und Platzordnungen sowie nicht zuletzt die Videoüberwachung bestimmter Orte (vgl. Reutlinger und Fritsche 2011b). In den Begründungen für unterschiedlichste Maßnahmen wird argumentiert, dass die Unordnung im öffentlichen Raum in den letzten Jahren angestiegen wäre. Festgemacht wird dies einerseits an einer Zunahme von Abfall und Schmutz, mehr „fremden“ Menschen oder am abweichenden Verhalten sogenannter Randgruppen. Andererseits rücken immer mehr Jugendliche als Trägerinnen und Träger von Unordnung in den Fokus der öffentlichen und medialen Diskussionen: Berichte zu Jugendgewalt, zur Tanz-Dich-Frei-Bewegung oder Botellones boomen (vgl. Reutlinger 2009b, 2014).

Mit Hilfe des „St.Galler Modells zur Gestaltung des Sozialraums“ (vgl. Reutlinger und Wigger 2010) lassen sich unterschiedliche Zugänge benennen, über die versucht wird, Ordnung im öffentlichen Raum (wieder) herzustellen beziehungsweise aufrechtzuerhalten: Räumliche Maßnahmen (Gestaltungszugang „Ort“) werden beispielsweise durch die Einrichtung so genannter „Randgruppenreservate“, das heißt Orte außerhalb der Innenstadt, ergriffen (vgl. Reutlinger 2010). Bauliche Maßnahmen, wie das Abschrauben von Sitzgelegenheiten, sollen die Jugendlichen von attraktiven Orten vertreiben. Durch repressive Maßnahmen (Gestaltungszugang „Steuerung“) wie Wegweisungsgesetze oder eher „sanfte“ Methoden wie das Abspielen klassischer Musik an Schweizer Bahnhöfen, wird versucht, strukturell auf das Verhalten von Jugendlichen einzuwirken. Auf einer dritten Ebene (Gestaltungszugang „Menschen“) wird direkt am Verhalten der Menschen angesetzt. Durch Präventionskampagnen und neue multiprofessionelle Teams, bspw. zusammengesetzt

aus Sozialarbeitenden, Polizeibeamtinnen und -beamten, Gesundheitsexpertinnen und -experten, versucht man, an die Vernunft der Jugendlichen zu appellieren.

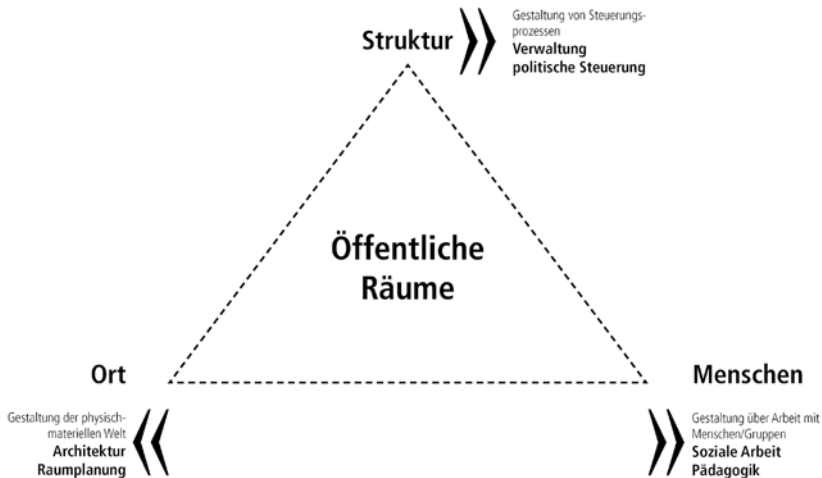


Abb. 1 Professionelle Gestaltungszugänge zum öffentlichen Raum

Ziel aller Maßnahmen scheint zu sein, die Jugendlichen aus dem öffentlichen Raum zu entfernen, damit dieser „störungsfrei, sauber“ oder eben öffentlich – verstanden als der Mehrheit entsprechend – nutzbar ist. Geleitet wird dieser Prozess durch die Vorstellung, dass menschliches Verhalten an diesen Orten durch Gesetze regulierbar oder durch Bauten planbar ist.

Man könnte nun aber auch die andere Perspektive einnehmen, die besagt, dass öffentlicher Raum nur dann öffentlich ist, wenn auch Gruppen, die sich nicht der gängigen Normalitätsfolie entsprechend verhalten, sich an den Orten aufhalten: Denn gerade sie sind auf den öffentlichen Raum angewiesen: als Wohnzimmer, Arbeitsplatz oder Treffpunkt (vgl. Reutlinger und Fritzsche 2011b).

Entsprechend dieser zweiten Logik wird in dem vorliegenden Beitrag versucht, konsequent die Perspektive von Jugendlichen einzunehmen und die Potentiale und Konflikte von Aneignungsprozessen im öffentlichen Raum aufzuzeigen. Entlang von fünf Thesen und drei Konsequenzen sollen ein Plädoyer für ihre Perspektive und die Potentiale dieser Sichtweise herausgearbeitet werden.

Geleitet werden die Ausführungen von der Idee, dass nicht alles im Leben planbar ist – auch nicht der öffentliche Raum! Insofern könnte der Titel des Beitrags auch lauten: *Mut zur Nicht-Planung: verdeckte Potentiale aus den – manchmal chaotisch entstehenden – Freiräumen durch die Aneignung von Jugendlichen.*

These 1: Die Straße ist ein wichtiger Ort, um gesellschaftliche Themen thematisier- und damit verhandelbar zu machen.

Die Diskussion über scheinbar negative Entwicklungen des öffentlichen Raums und die Gefahr, die von nichtkontrollierbaren Verstädterungsprozessen auszugehen scheint, vollzieht sich nicht erst seit kurzem. Ebenso wenig die Auseinandersetzung, wie Prozesse im öffentlichen Raum durch Gesetzgebung, Planung oder die Arbeit mit Randgruppen reguliert beziehungsweise kontrolliert werden können. Dies verdeutlicht ein Blick in die Geschichte:

So werden beispielsweise Mitte des 19. Jahrhunderts in der Literatur der Arbeiterbewegung mit dem Straßenbegriff Schilderungen von Elend, Apathie und Perspektivenlosigkeit der Arbeiter verbunden. Beispielhaft dafür steht die Schrift *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* von Friedrich Engels (vgl. Engels 1976 [1845]), in der Engels auf die elenden Lebensbedingungen und den moralischen Verfall des so genannten Lumpenproletariats rekurriert. Ein Leben auf der Straße war ungesund, ja tödlich. Neben individuellen Folgen wie Krankheit und Elend gehen von der Straße Gefahren für die Gesellschaft aus, indem dort die vorherrschenden bürgerlichen Werte bedroht scheinen, wovor beispielsweise Leo Schidrowitz 1926 in seiner *Sittengeschichte des Proletariats* warnt:

„Die Straße, auf der sich in südlichen Ländern das öffentliche Leben ja ganz abspielt, stellt auch in den klimatisch hierzu weniger geeigneten Gebieten den Aufenthaltsort eines Großteils des Proletariates dar und wird infolge des Wohnungselends ebenso zum Schauplatz tragischer Ereignisse wie intimster Vergnügungen“ (Schidrowitz 1926, zit. nach Scharfe 1983, S. 188).

Der öffentliche Raum war jedoch nicht nur der sichtbare Ort für individuelles Elend und Wertezerfall, sondern auch der Ort, strukturelle gesellschaftliche Fragestellungen und Ungleichheiten thematisierbar zu machen – dies zeigt der weitere geschichtliche Verlauf: Die Arbeiterschaft thematisierte ihre Lage öffentlich, forderte ihre Befreiung aus der vorherrschenden Gesellschaftsordnung und mehr Rechte. Dies gelang zumindest teilweise, denn auch durch den „Kampf um die Straße“ wurden gesellschaftliche Missstände thematisiert (Häberlen 2013, S. 83) und durch die öffentliche resp. politische Diskussion entsprechende Grundlagen geschaffen.

Ein anderes Beispiel sind die im Mai 1980 im Rahmen der so genannten Opernhauskrawalle in Zürich ausgelösten Jugendunruhen (Stichwort: „Züri brännt“). Jugendliche und junge Erwachsene forderten durch ihre Protestaktionen im öffentlichen Raum ein autonomes Jugendzentrum (AJZ). Nicht verständlich war damals, wieso für die Mittelschicht mit der Renovation des Opernhauses ein Kulturraum entstehen sollte, das AJZ jedoch keine finanziellen Mittel erhielt – die jugendkulturellen Forderungen demnach übergangen wurden. Die Thematisierung dieses Missstandes auf der Straße führte letztlich zum Zugeständnis von Räumen für alternative kulturelle Aktivitäten, wie zum Beispiel die Rote Fabrik (vgl. Bortlik et al. 2010).

Die Straße war damit immer auch ein Ort, an dem gesellschaftliche Fragestellungen wie Klassenkampf, Generationenthematik, Rassenfragen etc. thematisierbar waren. Oder im Umkehrschluss konnte man die Straße betrachten und erhielt damit einen Aufschluss über die gesellschaftlichen Normalitätsvorstellungen beziehungsweise die daraus hervorgehenden strukturellen Probleme und Entwicklungsfragen (vgl. Reutlinger 2012).

Nimmt man diese Funktion von öffentlichem Raum als Spiegel der Gesellschaft ernst, so stellen sich angesichts des heutigen Umgangs mit sichtbaren Phänomenen im öffentlichen Raum, welchen man bereits als Sicherheits- und Ordnungswahn bezeichnen könnte, zentrale Fragen: Wo finden heute gesellschaftliche Themen ihren Platz? Wo befinden sich heute die Freiräume, um gesellschaftliche Fragen öffentlich auszuhandeln? Gibt es Freiräume für Menschen mit weniger institutionell abgesicherten Rechten, wie Migrantinnen und Migranten ohne offizielle Papiere oder Kinder und Jugendliche?

These 2: Die Jugendfrage ist mit der gesellschaftlichen Vorstellung des öffentlichen Raums verflochten.

Ist die Straße ein gefährlicher und gefährdender Sozialisationsort? Diese Frage wird insbesondere in der pädagogischen Diskussion zur Bedeutung von öffentlichem Raum für Kinder und Jugendliche seit langer Zeit diskutiert. Feststellen lässt sich dabei eine sehr enge Verflechtung zwischen gesellschaftlicher Vorstellung vom öffentlichen Raum und der Jugendfrage. In der pädagogischen Diskussion Anfang des letzten Jahrhunderts scheint von der Straße „als Schule der Unmoral“ eine potentielle Gefahrenquelle und damit eine Gefährdung für Kinder und Jugendliche auszugehen. Sie bildete „den Gegensatz zum Heim“ (Lindner 1983, S. 192) und war gewissermaßen „exterritoriales Gebiet“ (ebd., S. 198), wie dies pädagogische Diskurse seit den 1920er Jahren verdeutlichen.

„Die Straße‘ ist seit jeher der Inbegriff für ‚Auffälligkeit und Verwahrlosung‘, der Fixpunkt vieler Etikettierungsprozesse im Hinblick auf ein Jugendverhalten, das der sozialen Kontrolle räumlich entzogen scheint (...): Wer auf der Straße rumhängt, verhält sich eben abweichend“ (Böhnisch 2014, S. 18).

Auf-der-Straße-sein oder sich-auf-der-Straße-aufhalten hieß, fern von den pädagogischen Einrichtungen zu sein – im Zusammenhang mit Jugendlichen vor allem von der Schule. Aus einer pädagogischen Perspektive galt es, Kinder und Jugendliche vor den schädlichen Einflüssen der Straße zu schützen, denn diese führten zu lasterhaftem und verwahrlostem Verhalten, wie es im klassischen Bild des *Proletarischen Kinds* (1925) als Straßenkind deutlich wurde (vgl. Rühle 1925). Die „Verwahrlosung der Jugend“, so der Pädagoge Otto Rühle 1925, beginnt „auf der Straße, und zwar mit Herumtreiben, Schule schwänzen, nächtlichem Fortbleiben, Bandenbildung, Betteln, Landstreichen, Stehlen. Das sind die üblichen Etappen“, nach denen das Proletarische Kind als Straßenkind enden würde (Rühle 1925, S. 296f.).

Mit diesem präventiven Grundverständnis ging es in pädagogischen Ansätzen immer darum, Heranwachsende von der Straße zu holen und in einen sicheren, risikofreien und pädagogisch gestalteten Raum zu holen. Jugendhäuser werden in diesem Zusammenhang als „überdachte Straßenecken“ beschrieben, in denen eine sinnvolle, da kontrollierte Freizeitbeschäftigung stattfindet (Böhnisch 2014, S. 18). Parallel dazu galt es aber auch, die Straße vor Jugendlichen zu schützen. Diese Lesart kann man bei der Beschreibung von Studien aus den 1980er Jahren erkennen: Der öffentliche Raum wird als Träger bestimmter Funktionen wie beispielsweise ästhetischer Aspekte (städtisches Grün) betrachtet: „Die Polizei enteignet den öffentlichen Raum zugunsten der abstrakten Ordnung: nur eine leere Straße ist eine gute Straße“ (Lessing 1986, S. 60).

Aus der im vorliegenden Beitrag verfolgten Perspektive ist es zentral, auch die Bedeutung der Straße anders zu interpretieren und von Kindern und Jugendlichen her zu betrachten. Schnell wird dabei deutlich, dass die Straße als Ort wahrgenommen wird und wurde, wo „was los ist“, wo „Spannung, Erregung und Action erwartet und erlebt wird“ (Specht 1989, 405f.). Die „undenkbare Faszination“ (ebd.), die vom öffentlichen Raum für Jugendliche ausgeht, wird Ende der 1980er Jahre im Sammelband *Die gefährliche Straße* von Walther Specht, dem Mitbegründer der Mobilen Jugendarbeit in Deutschland, treffend beschrieben. Auf der Straße finden für Kinder und Jugendliche wichtige sozialisatorische und entwicklungsnotwendige Prozesse statt. Die Straße darf deshalb nicht nur unter dem Aspekt von Risiko und Gefahr betrachtet werden, sondern eben auch unter dem Aspekt der Chance und Ermöglichung. Werden nun durch präventive und planerische Maßnahmen alle Gefahrenaspekte der Straße weggenommen und jegliche Risiken vermieden,

so stellt sich die Frage, wo heute Kinder und Jugendliche die damit verbundenen zentralen Entwicklungsschritte lernen können.

These 3: Jugendliche brauchen für eine gelingende Entwicklung die Möglichkeit des Spiels mit der Sichtbarkeit im öffentlichen Raum.

Die Straße ist „der Ort, wo was los ist“, ein Ort, zum Action machen. Der Treffpunkt auf der Straße schließt damit unmittelbar an die Bedürfnisse nach Freiheit und Spontaneität an. Mit der Aneignung des Straßenraumes können Gruppen diese Gefühlszustände realisieren.

Aktuelle Studien verdeutlichen einmal mehr die Wichtigkeit für Jugendliche, sich im öffentlichen Raum inszenieren zu können – darauf verweisen auch ältere Untersuchungen (vgl. Becker und May 1991). Während Jugendliche sich auf der Straße in Szene setzen, wie auf der Bühne etwas spielen, testen sie bestehende Grenzen aus und erfahren, was „geht“ und was „nicht geht“ (vgl. Reutlinger 2009a). Durch dieses In-Szene-Setzen werden sie sichtbar. Die Untersuchung „Wir und die anderen: Gruppenauseinandersetzungen Jugendlicher in Ost und West“ geht davon aus, dass Jugendliche auf repressive Maßnahmen durch „adaptive Raumaneignung“ reagieren können (Albrecht et al. 2007, S. 213) und es dadurch gelingt – zumindest temporär – sichtbar zu werden. „Sie verlagern ihre Präsenz zeitweise in von Anwohnern und Polizei unkontrollierte Orte, treten aber immer wieder in die Sichtbarkeit der Öffentlichkeit“ (ebd., S. 213). Aus einer sozialräumlichen Perspektive ist dieser Sachverhalt jedoch genauer zu betrachten – denn mit einem veränderten gesellschaftlichen Umgang mit dem öffentlichen Raum verändern sich auch die Möglichkeiten im Spiel mit der Sichtbarkeit. Dies wird insbesondere durch eine historische Vergewisserung deutlich:

Beim Thema Sichtbarkeit von Jugendlichen richtet sich der Fokus auf eine bestimmte Aneignungsform, die in den gesellschaftlichen und städtischen Bedingungen der Nachkriegszeit bis weit in die 1980 Jahre hinein möglich war. Die Basis bilden Untersuchungen zu damals auch hierzulande im öffentlichen Raum sichtbaren Jugendkulturen, wie die Hippie-Bewegung, die Rocker, Skinheads oder Punks. Dies vermögen insbesondere die Studien des Centres of Contemporary Cultural Studies (CCCS) zu so genannten „subkulturellen Jugendkulturen“ – englischen Arbeiterjugendlichen aus Birmingham/England – aufzuzeigen. Besonders in den zwei klassischen Werken *Jugendkultur als Widerstand* von John Clarke et al. (Clarke und Honneth 1979) und *Spaß am Widerstand* von Paul Willis (Willis 1979) wird die Bedeutung der Sichtbarkeit treffend herausgearbeitet: Bestimmten jugendkulturellen Gruppen gelang es, im öffentlichen Raum in ein bestimmtes Spiel mit der Sichtbarkeit einzutreten, indem sie mit ihrem Outfit und ihrem Verhalten

provozieren und protestieren konnten, bevor sie als Phänomen zum Mainstream wurden oder aber verschwanden.

„Sie werden sichtbar, sie werden identifiziert und etikettiert (entweder von sich aus oder durch andere), sie beherrschen einige Zeit die Bühne der öffentlichen Aufmerksamkeit und verblassen dann wieder, verschwinden oder finden so weite Verbreitung, dass sie sich von ihrer Umgebung nicht mehr ausreichend unterscheiden“ (Clarke und Honneth 1979, S. 47).

Genau an dieser Sichtbarkeit bzw. der jugendkulturellen Bedeutung der Inszenierung setzen pädagogische Ansätze an, indem sie neben dem oben herausgearbeiteten präventiven Gedanken – also dem Schutz vor der gefährlichen Straße durch die Schaffung von pädagogisch-betreuten Reservaten für Jugendliche – immer auch den anderen Pol, den Ermöglichungsaspekt der Straße betonten und die Wichtigkeit der Sichtbarkeit anerkannt wurde. Beispielhaft können dies in den 1980er Jahren entwickelte Ansätze der mobilen Jugendarbeit aufzeigen (vgl. Krafeld 2004). Mobile Jugendarbeit ermöglichte verschiedenste Lebensentwürfe, „alternativ zu (den) gesellschaftlich dominanten Lösungsmustern, die repressiven oder ausgrenzend-stigmatisierenden Charakter tragen“ (Specht 1987, S. 20).

Durch aktuell vorherrschende ordnungspolitische Tendenzen, welche Soziale Arbeit mit Jugendlichen im öffentlichen Raum strukturieren (vgl. Diebäcker 2013; Hartmann 2014), scheint der ermöglichende Pol wegzufallen. Oder anders rum muss man auch die Frage der Sichtbarkeit grundsätzlich anders stellen: Während unter den gesellschaftlichen Bedingungen bis in die 1980er Jahre die erwähnten Jugendkulturen in ein Spiel mit Sichtbarkeit eintreten konnten und die pädagogische Reaktion in ermöglichenden und akzeptierenden Zugängen mündete, werden heute sichtbare Gruppen Jugendlicher im öffentlichen Raum und ihr Verhalten zunehmend skandalisiert (siehe die mediale Berichterstattung über störende, pöbelnde, saufende und gewalttätige junge Menschen im öffentlichen Raum). Man kann sich fragen, ob es durch die zunehmend skandalisierende und präventive Tendenz zu einer Verschärfung im Spiel mit der Sichtbarkeit kommt, indem es Jugendlichen vermehrt nur noch durch kriminelles und nichtkonformes Verhalten gelingt, sichtbar zu werden. Störende Jugendliche werden nicht länger als Personen oder Gruppen mit spezifischen Entwicklungs- und Bewältigungsherausforderungen interpretiert, sondern ihre Sichtbarkeit wird als Zerfall sozialer Kontrolle und negative Signalwirkung für die Entwicklung eines spezifischen Platzes oder Gebietes betrachtet.

„Dieser räumliche Aspekt der Argumentation ist der (...) geniale Schachzug. Auf diese Art wird die schiere Anwesenheit an sich nicht kriminalisierter Personen in

einem Raumausschnitt als Schaden für die Allgemeinheit behauptet und damit ihre Vertreibung legitimiert“ (Belina 2007, S. 231).

Die Vertreibung der sichtbaren Gruppen wird als „Rettung öffentlicher Räume“ betrachtet (Huber 2013, S. 91). Darüber hinaus wird viel zu wenig beachtet, dass Jugendliche durch ordnungspolitische Eingriffe, wie z. B. durch Wachdienste, vermehrt in die Unsichtbarkeit abgedrängt werden – und dies nicht nur temporär, wie die erwähnte Jugendstudie anhand von Formen „adaptiver Raumaneignung“ erläutert. Eine Entwicklung, welche für aufsuchende Ansätze der Jugendarbeit zu verschiedenen Schwierigkeiten führt, wie Ansätze der Streetwork schon in den 1990er Jahre aufzeigten (vgl. Steffan 1989). Aktuellere sozialräumliche Ansätze gehen nach wie vor vom „Sich-sichtbarmachen-können“ im öffentlichen Raum aus, einer möglichen Provokation gleich, die ein „Gefühl der Bedrohung“ auslöst (Böllert 2001, S. 175). Nicht beachtet wird jedoch, dass sich das Spiel der Sichtbarkeit grundlegend verändert hat. Entwicklungs- und Bewältigungsherausforderungen vieler Jugendlicher finden heute nicht mehr in der Sichtbarkeit, sondern in der Unsichtbarkeit statt. Die Unmöglichkeit, mit der Gesellschaft und den gesellschaftlichen Strukturen in Spannung zu treten (sozusagen als dialektischer Schritt), wird gar nicht gesehen. Aus der im vorliegenden Beitrag verfolgten Perspektive wäre deshalb ein Recht auf Sichtbarkeit zu fordern, welches einen akzeptierenden Charakter hat.

These: 4. Angreifen, Grenzen austesten, eigentätig handeln, die Umwelt gestalten, kurz: Raumaneignung ist zentral für die menschliche Entwicklung, insbesondere für Kinder und Jugendliche!

Insbesondere in der offenen Kinder- und Jugendarbeit der 1990er Jahre wurde anschließend an die Tradition der ermöglichenden Haltung der 1980er Jahre mit dem Konzept der Raumaneignung gearbeitet, da es die Bedeutung der Raumnahme für Kinder und Jugendliche auf den Punkt brachte.

„Die Aneignung des öffentlichen Raums bedeutet die Aneignung der sich hier materialisierenden, gesellschaftlichen Realität. Aneignung ist ein aktiver, selbstbestimmter Prozess. Kinder (...) üben hier ihre gesellschaftliche Rolle ein, müssen sich dabei im Konflikt behaupten, müssen sich widersetzen, Regeln durchbrechen, aber auch die dem Raum innewohnenden Möglichkeiten kennen lernen“ (Nissen 1983, S. 149).

Mit Hilfe der Aneignungsperspektive wurde versucht, das abweichende Verhalten der sichtbaren Jugendlichen auch als Raumhandeln aufzuschließen und dadurch erklärbar zu machen. Zentral für das Verständnis des Aneignungsansatzes sind die gesellschaftlichen wie räumlichen Verhältnisse der späten 1970er Jahre: Im

Rahmen des Wirtschaftswunders ist eine schnell fortschreitende städtische Entwicklung nachzeichenbar. Durchfunktionalisierung der physisch-materiellen Welt, Einbindung jeglicher Sphären in die Logik des Kapitals – der Verwertungslogik – lauteten die Stichworte (vgl. Reutlinger 2003). Das Sinnbild dieser Entwicklung ist eine funktionalistisch durchgeplante Satellitenstadt, vorfabrizierte Betonwelten, die durchgestaltet und glatt sind, wenige Möglichkeiten bietend, die physisch-materielle Welt selbsttätig und gestaltend mit ihren Bedeutungen zu belegen.

Die räumliche Welt hat einen direkten Einfluss auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, jedoch ist dieses Verhältnis nicht deterministisch zu sehen. Vielmehr verändern Kinder und Jugendliche durch ihre Handlungen die Umwelt, sie eignen sich diese an, gestalten sie um. Jedoch waren in einer durchgeplanten Welt wie in der idealtypischen Stadt der 1970er Jahre Aneignungsprozesse blockiert, da es nichts anzueignen gab. Dies stellte für Kinder und Jugendliche ein persönliches Problem dar, welches nur durch die aktive Veränderung gelöst werden konnte – Gegenstände erhielten bspw. eine neue Bedeutung, die räumliche Welt wurde, anders als von Planenden gedacht, genutzt.

Mit Hilfe des Aneignungsansatzes konnte darauf verwiesen werden, dass Jugendliche aneignbare physisch-materielle Gegebenheiten und räumliche Bedingungen (kurz „Räume“) bräuchten, in die sie sich selbst einbringen können. Aus dieser Erkenntnis ließ sich eine ganze Bandbreite pädagogisch gestalteter Räume ableiten: Für die ganz Kleinen baute man Sandkästen, für die Größeren Kinderspielflächen, etwas später Abenteuerspielflächen, welche den Kindern ermöglichten, ihre eigenen Hütten bauen zu können, für die Älteren Jugendhäuser etc. Die Wichtigkeit der Straße geriet durch die Einrichtung pädagogisch begleiteter räumlicher Sonderwelten wieder in den Hintergrund.

These 5: Die aufgezeigten aktuellen Tendenzen der Radikalisierung von durchgeplanten und zunehmend durchregulierten resp. ordnungspolitisch strukturierten öffentlichen Räumen bedeuten den erneuten Verlust der Aneignungsmöglichkeit von Kindern und Jugendlichen.

Durch die sichtbaren Protestaktionen im öffentlichen Raum konnten frühere Generationen junger Menschen eigene Räume abtrotzen. Entsprechend der aufgezeigten Logik wurden in der Sozialen Arbeit möglichst mit den Jugendlichen zusammen jugendgerechte Räume, Sonderwelten geschaffen, welche alters- und zielgruppenspezifisch abgestimmt waren (siehe These 4). Trotz oder gerade wegen diesem Vollendungsgrad stellt sich jedoch das Problem, dass diese Häuser heute von bestimmten Jugendlichen besetzt sind, andere jedoch fernbleiben (vgl. Hüllemann und Reutlinger 2014). Überspitzt könnte man sagen, dass heute die

Umkämpfter öffentlicher Raum

Herausforderungen für Planung und Jugendarbeit

Kemper, R.; Reutlinger, C. (Hrsg.)

2015, X, 199 S. 35 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-03436-8